

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 18. April 1986

Blatt 896

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Ehrung für amerikanische Kulturmanagerin
ausgesendet: Müll und Sonderabfall - bunt gemischt auf Grund-
(grau) stück bei Donaukanal

Kommunal: Information über neuen Flächenwidmungsplan Penzing
(rosa) Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Hatzl: Keine Wahlwerbung in öffentlichen Verkehrs-
mitteln!

Nur
über FS: "30 A" muß am Sonntag geteilt werden

.....
Bereits am 17. April 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrung für amerikanische Kulturmanagerin

12 Wien, 17.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK
überreichte am Donnerstag mittag der amerikanischen Kulturmanagerin
Kazuko HILLYER das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Zilk
hob in seiner Rede die wichtige Rolle von Frau Hillyer als Mittlerin
österreichischer Musik in den Vereinigten Staaten hervor. Hillyer,
eine gebürtige Japanerin, hatte unter anderem die erfolgreiche
US-Tournee der Wiener Volksoper vor zwei Jahren organisiert. In
ihrer Dankesrede begründete Hillyer ihren Einsatz für Wien damit,
daß es "die schönste Kulturstadt der Welt" sei. Sie werde Wien auch
weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. Ihre nächsten
Projekte sind ein Wiener Neujahrskonzert in New York sowie eine
US-Tournee des Serapions-Theaters. (Schluß) red/bs

NNNN

.....
Bereits am 17. April 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Müll und Sonderabfall - bunt gemischt auf Grundstück beim Donaukanal
13 -Wien, 17.4. (RK-LOKAL) Fine bunte Mischung von Müll - von
Bauschutt über Papier, Kunststoffe, Fensterstücke und Ziegel - bis
zu Sondermüll, wie Medikamente, Lösungsmittel, Motoröle usw. häufte
ein Unternehmer aus Niederösterreich in der letzten Zeit auf dem
ehemaligen Biomüll-Grundstück in Simmering, Alherner
Hafenzufahrtsstraße 9, an. Die Firma C.O.S. wollte auf diesem Grund
- laut Angaben bei der Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha -
eine weitere Betriebsstätte für eine Humuserzeugung errichten,
schrieb in Wirklichkeit zahlreiche andere Firmen mit einem im ersten
Moment interessanten Angebot an: man werde, so C.O.S.,
wiederverwertbaren Sonderabfall zu einem günstigen Preis, der
jedenfalls nicht über den sonstigen Vernichtungskosten lag,
übernehmen. Umweltabteilung und Büro für Sofortmaßnahmen erfuhren
davon - und sahen sich das Grundstück genauer an. Dem Unternehmer
wurde daraufhin nun vorgeschrieben, als erste Maßnahme die
Sonderabfälle innerhalb der nächsten fünf Wochen (zwei Wochen bis
Rechtskraft des Bescheides, drei Wochen Zeit für die Arbeiten)
herauszuholen, den restlichen Müll-Bauschutt usw. - kann er
einstweilen an Ort und Stelle lassen, bis eine Lösung gefunden wird.
Detail am Rande: Die Firma schrieb mit ihrem Angebot zur
"Sonderabfallwiederverwertung" - für die Tätigkeit eines
Sonderabfallsammlers oder -beseitigers besitzt C.O.S. ebensowenig
eine Genehmigung wie für die geplanten Arbeiten zur
Sondermüllwiederverwertung am betroffenen Grundstück oder auch nur
für die Humuserzeugung - auch eine andere Firma aus NÖ. an, die
selbst als Abfallbeseitiger arbeitet und das C.O.S.Angbot dennoch
annahm.++++

Das Grundstück bildet allerdings nicht nur einen sanitären
übelstand, der nun behoben werden muß. Untersucht wird außerdem, ob
durch Sonderabfälle wie Lösungsmittel usw. eine
Grundwassergefährdung entstanden ist. Selbstverständlich werden auch
Maßnahmen wegen der nicht vorhandenen Bewilligung eingeleitet. Der
Pächter des in der Nähe des Donaukanals gelegenen Grundstücks hat
heute Donnerstag bereits mit dem Sortieren des Sondermülls zum
Abtransport begonnen. Insgesamt werden, so schätzen die Mitarbeiter
des Mobilien Bürgerdienstes, etwa 600 LKW-Ladungen mit je 6
Kubikmeter abzutransportieren sein. Der "ungefährliche" Müll, wie
Bauschutt, kommt später an die Reihe. (Schluß) hrs/sa

Information über neuen Flächenwidmungsplan Penzing

2 =Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Für den alten Ortskern von Penzing (er wird von Schloßallee, Schönbrunner Schloßbrücke, der Bezirksgrenze und der Bahntrasse sowie der Ameisgasse begrenzt) entsteht derzeit ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Nach einer ersten Informationsveranstaltung im vergangenen Herbst besteht nun, zusätzlich zur gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Auflage, für die Bevölkerung zwischen 21. April und 30. Mai nochmals die Möglichkeit zur Einsicht und Stellungnahme. Die betroffenen Gebietsbewohner werden durch Flugblätter über Ort und Zeit der Veranstaltung informiert.++++

Über Wunsch der Penzinger Bezirksvorstehung sollte die Bevölkerung bei den Planungen für diesen Bereich bereits sehr frühzeitig informiert und um Stellungnahme gebeten werden. Aus diesem Grund fand im vergangenen Herbst eine erste Informationsveranstaltung statt. Nun steht die im Gesetz vorgeschriebene öffentliche Auflage bevor, bei der die Bezirksbewohner nochmals die Gelegenheit haben, ihre Meinung zum Entwurf zu sagen.

Zusätzlich zur öffentlichen Auflage gibt es eine zweite Ausstellung. Sie beginnt v o r der öffentlichen Auflage und wird gleichzeitig mit ihr zu Ende gehen. Gemeinsam mit dem neuen Flächenwidmungsplan wird auch ein neues Verkehrskonzept vorgestellt.

Die Ausstellung in den Räumen der Bezirksvorstehung Penzing, 13, Hietzinger Kai 1 - 3, 2. Stiege, 1. Stock, ist vom 21. April bis 30. Mai jeweils Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr frei zugänglich. Jeden Donnerstag während dieser Zeit steht von 14 bis 16 Uhr ein Mitarbeiter der zuständigen Fachdienststelle für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) and/gg

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Freitag unter den Vorsitz des 1. Landtagspräsidenten Günther SALLABERGER (SPö) zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) bestätigte Landeshauptmann Dr. ZILK eine Zusammenarbeit mit den Bundesdienststellen zur Lärmbekämpfung. Der Lärm werde von vielen Mitbürgern als Form des Terrors empfunden. Die Polizei hat bereits sechs Schallmeßgeräte in Betrieb genommen, drei weitere werden nachgereicht. Zilk bestätigte, daß es Probleme bei der Eichung der Geräte gegeben hat. Der Landeshauptmann verwies jedoch darauf, daß Lärm nicht nur durch Technik und Einsatz der Exekutive verringert werden könne, sondern hier auch ein Erziehungsprozeß bei den Bürgern eingeleitet werden müsse.

Die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Mag. Kauer (ÖVP) befaßte sich mit dem von der NDP benutzten Haus in Erdberg. Landeshauptmann Zilk gab bekannt, daß seitens des Magistrates zwei Verfahren gegen den Hauseigentümer eingeleitet worden sind. Das betreffe sowohl die vorschriftswidrige Nutzung einige Räume, als auch sanitäre Übelstände. Es stehe außer Streit, betonte Zilk, daß alle demokratischen Gruppen es bedauern, daß die NDP neonazistische Gedanken verbreitet. Das Haus werde von der Staatspolizei überwacht, und er erwarte, daß die Exekutive einschreiten werde, wenn es notwendig ist. Er werde auch persönlich mit den Mietern dieses Hauses Kontakt aufnehmen, sagte Zilk. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) stellte die DRITTE ANFRAGE. Er erkundigte sich nach dem Grund für die Verzögerung beim Inkrafttreten der Verordnung über das Hausbesorgerentgelt. Landeshauptmann Dr. ZILK erläuterte, daß die Gewerkschaft ursprünglich wesentlich überhöhte Forderungen in die Verhandlungen eingebracht habe. Es gab dann Gespräche, in denen die Gewerkschaft jedoch nur geringfügig nachgab. Nach eingehender Prüfung habe er, Zilk, sich doch schweren Herzens für die Unterfertigung der Verordnung entschlossen, obwohl dadurch viele Mieter belastet werden. GR. Engelmayer verwies darauf, daß die anderen Bundesländer ihre Verordnungen bereits früher erstellt haben, Bürgermeister Zilk entgegnete, daß er auch künftig nicht leichtfertig rasch derartig maßgebliche Änderungen genehmigen werde.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. Ilse FORSTER (SPÖ) nach dem Stand der Vorarbeiten für ein neues Wiener Wohlfahrtsgesetz antwortete StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß derzeit ein neues Bundesgesetz ausgearbeitet werde, zu dem Wien seine Ausführungsbestimmungen beschließen werde. Wien ist auch schon in die Erstellung des Bundesgesetzes eingebunden. Schwerpunkt der Regierungsvorlage ist eine Stärkung der Familie. Es soll weiters eine Neuregelung des Rechts der Pflegekinder geben, und die Pflegefamilien sollen gefördert werden. Außerdem ist eine verstärkte Beratung und Hilfe für Familien im Entwurf des Bundesgesetzes vorgesehen. Wien biete schon heute ein dichtes Netz derartiger Einrichtungen an, sagte Smejkal. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Dr. HÄUPL (SPö) bezüglich der Diskrepanzen bei der Jugendzulassung von Kinofilmen zwischen dem Filmbeirat der Stadt Wien und der Jugendfilmkommission des Unterrichtsministeriums antwortete Kulturstadtrat MRKVICKA (SPö), daß im Zuge der Novellierung des Kinogesetzes das Kulturamt prüfen werde, ob eine Vereinheitlichung bei der Jugendzulassung möglich sei. Auf die ZUSATZFRAGE, aus welchen Bereichen sich die Vertreter des Filmbeirates der Stadt Wien rekrutieren, erklärte Mrkvicka, daß beim Filmbeirat außer Psychologen auch Personen aus der Filmwirtschaft sowie Vertreter der Polizei mitwirken.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. JANK (SPö), ob die Lärm-
bekämpfung in Wien auch durch die Bundespolizei mit dem Einsatz von
Lärmmeßgeräten unterstützt werde, antwortete Umweltstadtrat BRAUN
(SPö), daß selbstverständlich geplant sei, Lärmmeßgeräte
schwerpunktartig einzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die
Lärmbelastung durch einspurige Fahrzeuge. Die Lärmmeßgeräte werden
nicht nur auf den sogenannten "Rennstrecken", sondern auch in den
inneren Bezirken eingesetzt. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Zur SIEBENTEN ANFRAGE von LABg. KIENDL (ÖVP), ob die Stadt Wien versucht, durch Verhandlungen mit den ÖBB einen wirksamen Lärmschutz im Bereich der Bahntrassen im dichtbebauten Gebiet zu erreichen, nahm StR. BRAUN Stellung. Er sagte, daß die Stadt Wien mit den ÖBB laufend Gespräche führt, um Erleichterungen für die betroffene Bevölkerung zu erreichen. Eine wirklich befriedigende Lösung könne aber nur durch eine Änderung der ÖBB-Gesetze gefunden werden. Auf eine ZUSATZFRAGE, ob zur Nachtzeit die Geschwindigkeit von Lastzügen generell auf 30 Stundenkilometern reduziert werden könnte, meinte Braun, eine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung werde es nicht geben. In Fällen, in denen die Lärmbelästigung jedoch besonders intensiv ist, werde man versuchen, eine befriedigende Lösung zu finden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. BRIX (SPÖ), ob die Zeitungsmeldungen stimmen, denen zufolge eine Mineralölfirma in unmittelbarer Nähe des Naturschutzgebietes Lobau eine neue Raffinerie errichten möchte, sagte StR. BRAUN, auch er habe davon erst aus Zeitungen erfahren. Der Magistrat habe daraufhin Erhebungen durchgeführt und festgestellt, daß keine Bauvorbereitungsarbeiten erkennbar sind. Im übrigen wäre eine neue Raffinerie vom Stand des Umweltschutzes aus nicht wünschenswert. (Forts.) ull/bs

Wiener Landtag (5)

Utl.: Novelle zur Dienstordnung

7 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Novellierung der Dienstordnung 1966 und der Vertragsbedienstetenordnung 1979. Demnach soll die Dienstordnung dahingehend geändert werden, daß Personalbeistellungen an wirtschaftliche Unternehmungen, welche der Überprüfung durch den Rechnungshof unterliegen, zulässig sind. Die Frist von drei Jahren wird aufgehoben und eine gesetzliche Grundlage geschaffen, welche die Pauschalierung des der Gemeinde Wien zu refundierenden Personalaufwandes ermöglicht. Durch die Gesetzesnovelle wird die Möglichkeit geschaffen, Bedienstete der Stadt Wien zur Dienstleistung bei der VAMED abzuordnen. (Schluß) gab/gg

Hatzl: Keine Wahlwerbung in öffentlichen Verkehrsmitteln!

11 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Wiens Verkehrsstadtrat Johann HATZL erinnerte am Freitag daran, daß in öffentlichen Verkehrsmitteln keine Anbringung von Wahlwerbemitteln - egal, für welchen Kandidaten - gestattet ist. In diesem Zusammenhang richtete Hatzl ein Schreiben an die Wiener öVP, in dem er darauf hinweist, daß seit kurzem in Einrichtungen der Wiener Verkehrsbetriebe ein sprunghafter Anstieg von Werbemitteln für den von der öVP unterstützten Bundespräsidentschaftskandidaten festgestellt werden müsse. Da es sich dabei, so Hatzl, um keine Aktion von Einzelpersonen mehr handeln könne, ersuchte der Verkehrsstadtrat die Wiener öVP, auf ihre Mitarbeiter und Aktivisten dahingehend einzuwirken, daß öffentliche Einrichtungen wie die Wiener Verkehrsbetriebe von der Wahlwerbung ausgenommen werden. (Schluß) red/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde mit der Fragestunde eröffnet. Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. CZERNY (ÖVP), was er im Hinblick auf die zukünftige Führung des Ronacher veranlaßt habe, sagte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK (SPö), daß sich diese Frage der Stadt Wien konkret erst nach der Übernahme des Hauses stelle. Die Übernahme durch die Stadt Wien und damit auch der Beginn der Renovierungsarbeiten sollen im Herbst stattfinden. Der Aufwand für die Beispielbarkeit des Theaters während der Wiener Festwochen sei zum Großteil bereits eine Vorwegnahme notwendiger Renovierungsarbeiten.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Haltung er zu dem Vorschlag beziehe, einen provisorischen Busparkplatz auf dem Friedrich-Schmidt-Platz anstatt auf dem Schillerplatz einzurichten, sagte StR. RAUTNER (SPö), daß der provisorische Busparkplatz auf dem Schillerplatz als verkehrstechnisch beste Lösung bis zur Errichtung der Heldenplatzgarage bisher von allen Gremien akzeptiert wurde. Allerdings sei am 5. Mai eine neue Verhandlung vorgesehen, in der alle Möglichkeiten bezüglich eines Busparkplatzes für Touristenbusse geprüft werden sollen. (Forts.)
gab/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Oblasser (SPö) verwies StR. MRKVICKA auf den großartigen Erfolg der "Wien-Ausstellung" im Pariser Centre Pompidou. Bis jetzt wurden bereits mehr als 450.000 Besucher gezählt. Alle führenden Tageszeitungen und Magazine bezeichnen die Ausstellung als grandios. Auch das "Festival du Marais" in der Pariser Innenstadt wird ganz unter dem Thema "österreich" stehen. Die Ausstellung "Wien um 1900" wird Ende Juni auch in New York gezeigt.

In zehn städtischen Turnsälen gibt es derzeit an Wochenenden Leistungszentren, gab StR. MRKVICKA in Beantwortung der VIERTEN ANFRAGE von GR. HAAS (SPö) bekannt. Die Vereine nutzen dieses Angebot für Training und Lehrgänge für den Leistungssport. Grundsätzlich stehe er einer Erweiterung des Angebotes positiv gegenüber, wenn die Sportvereine den Wunsch danach äußern. (Forts.)
and/bs

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP) nach den Kriterien für die Wohnungszuweisung im Hundertwasser-Haus antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß dies teilweise auf Grund von Vorschlägen des Wohnungsamtes, teilweise durch eigene Vergabe der GESIBA geschehe. Maßgeblich seien im wesentlichen die allgemein üblichen Kriterien und der Zeitpunkt der Anmeldung, jedoch nicht unbedingt der Besitz eines Vormerkscheines. Es dürfe auch zum Zeitpunkt der Zuweisung kein Anspruch auf Wohnbeihilfe bestehen. Die Verfügbarkeit der Wohnungen habe er, Hofmann, in mehreren Pressegesprächen bekanntgemacht, wodurch sich hunderte Interessierte gemeldet haben. Etliche von ihnen ziehen allerdings die Anmeldung zurück, wenn sie mit den Kosten konfrontiert werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. OUTOLNY (SPÖ) nach den Umfang von Neubau und Stadterneuerung im Bereich der Stadt Wien in diesem Jahr antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß heuer 50 Wohnhausanlagen im Bau sind, die Hälfte davon wird heuer fertig. Mit dem Bau von 1.000 Wohnungen wird heuer begonnen, das Schwergewicht liegt beim "vollwertigen Wohnen". Revitalisiert werden heuer elf städtische Althäuser um 220 Millionen. Beträchtliche Mittel werden auch für nachträgliche Aufzugs- und Zentralheizungseinbauten bereitgestellt. 379 Häuser werden instandgesetzt. Für Neubau und Erhaltung werden in diesem Jahr 3,6 Milliarden flüssig gemacht und bilden damit einen wichtigen Impuls für die Wirtschaft. Es werde versucht werden, Bauzeitenüberschreitungen infolge von Schwierigkeiten von Baufirmen durch verstärkte Kontrolle bei der Auftragsvergabe zu vermeiden. In Zusammenarbeit mit den Heizbetrieben ist geplant, die Umstellung von Heizöl schwer auf die umweltfreundliche Fernwärme zu forcieren.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

12 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) über die Erfolge der sogenannten "Schimmelkommission" bei der Bekämpfung von Schimmelpilzen in Gemeindewohnungen antwortete Wohnbaustadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß zu den Risikofaktoren bei der Schimmelbildung beispielsweise auch zu dichten Fenstern und Energiesparmaßnahmen zählen. Die "Schimmelkommission" berät bei der Überprüfung den Mieter, die effektive Schadensbekämpfung wird - wenn erforderlich - durch MA 39 und MA 27 durchgeführt. In den meisten Fällen liegt die Ursache allerdings in der Art der Wohnungsnutzung, selten sind bauliche Mängel schuld. Die Ausbreitung des Schimmelpilzes konnte meistens verhindert werden, sofern die Kooperationsbereitschaft des Mieters vorhanden war.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), nach welchen Kriterien die Beratergruppe für den Wettbewerb "Chancen für den Donaauraum Wien" gebildet wurde, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß sich die Beratergruppe aus Fachleuten zusammensetzt, die aufgrund von Vorschlägen der Handels- und Arbeiterkammer einberufen wurden. Die Beratergruppe habe bereits Vorschläge für das Verfahren und die Zusammensetzung der Jury gemacht. Die Jury besteht aus ca. 30 Personen. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

13 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Zur NEUNTEN ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPö), in welcher Form die Geschäftsmethoden der ungarischen Geschäftslokale im Bereich der inneren Mariahilfer Straße überprüft werden, stellte StR. Friederike SEIDL (SPö) fest, daß solche Überprüfungen laufend vom Marktamt vorgenommen werden. Die meisten Klagen gibt es wegen der sogenannten "Schlepper", die ungarische Touristen in Geschäfte locken und zu Einkäufen animieren. Dagegen bestehen jedoch keine rechtlichen Möglichkeiten, sofern die österreichischen Gesetze eingehalten werden. Dennoch finden vermehrt Schwerpunktaktionen statt, die sich gegen das "Keilerunwesen" richten. Die nächste Aktion ist im Mai vorgesehen.

Zwtl.: Neuer Gemeinderat

Anschließend wurde Kommerzialrat Eugen GUTMANNBAUER (SPö) als Nachfolger für den verstorbenen Gemeinderat Franz ROSENBERGER angelobt. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Musikgruppen-TONAU

14 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE beantragte, der Vereinigung österreichischer Musikgruppen TONAU zur Durchführung ihrer Aktivitäten im Jahr 1986 eine Ausfallshaftung in der Höhe von 500.000 Schilling zu gewähren.

GR. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß die TONAU ihr Subventionsansuchen mit unzureichenden Belegen über die Verwendung der Subvention für das Jahr 1985 eingereicht habe. Überdies sei das Vorhaben eines Rockhauses in Penzing möglicherweise mit Lärmbelästigungen für die Bevölkerung der Nachbarschaft verbunden.

GR. BRIX (SPÖ) entgegnete, daß die Magistratsabteilung 7 alle notwendigen Unterlagen von der TONAU angefordert habe. Im übrigen leiste diese Vereinigung einen wichtigen Beitrag zum Wiener Kulturleben vor allem für die Jugend. 81 Gruppen mit rund 500 Musikern seien in der TONAU zusammengeschlossen, die alle mit großem Idealismus am Projekt des Rockhauses arbeiten. Für den notwendigen Lärmschutz werde sicherlich Vorsorge getragen werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Kunstverein

15 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) stellte den ANTRAG, dem Kunstverein Wien für 1986 eine Subvention von 7,3 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen und die restlichen Mittel aus dem Vorjahr in eine Liquiditätsreserve umzuwidmen.

GR. Mag. KAUER (öVP) lehnte den Antrag namens der öVP ab. Aus einer schriftlichen Anfragebeantwortung von Kulturstadtrat MRKVICKA gehe hervor, daß der Kunstverein keine Verwaltungskosten habe, die Bilanzen der Jahre 1982-1984 jedoch Verwaltungskosten ausweisen. Er wehre sich nicht gegen einen Dispositionsfonds, es gehe ihm aber um die grundsätzliche Frage der Budgethoheit des Gemeinderates. Weiters kritisierte Kauer, daß der Kunstverein eine Art Nebenkulturverwaltung unter Ausschaltung der politisch Verantwortlichen betreibe.

GR. HANKE (SPö) meinte, mit der Ablehnung dieses Antrages lehne die Volkspartei eine weite Palette des Wiener Kulturlebens ab. Der Kunstverein sei vor 10 Jahren mit Billigung aller Fraktionen geschaffen worden und habe Bedeutsames geleistet. Der Vorwurf bezüglich der Verwaltungskosten sei unberechtigt, der Kunstverein habe vernünftig und sparsam gewirtschaftet.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. Mag. KAUER, die Konstruktion des Vereines solle geprüft werden, ihm gehe es um grundsätzliche Fragen und er verwehre sich gegen Unterstellungen.

Kulturstadtrat MRKVICKA bedauerte die Ablehnung, denn das bedeute, daß der Kunstverein seine Aktivitäten nach Meinung der öVP nicht durchführen könnte. Die Bilanzen seien in Ordnung, es fehle kein Schilling, das Kontrollamt prüfe genau.

Der Berichterstatter GR. STRANGL (SPö) bezeichnete den Kunstverein als eine Art Kulturfeuerwehr. Mit dem vorliegenden Geschäftsstück werde die heurige Arbeit des Vereines sichergestellt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

(Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wettbewerb Donaauraum Wien

16 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL). StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte die Einrichtung einer Projektorganisation Donaauraum und die Genehmigung der dafür notwendigen Mittel. Hofmann erklärte, daß sich gegenüber den Voraussetzungen für den seinerzeitigen Wettbewerb Donaubereich Wien, wie sie im Jahre 1972 bestanden haben, wesentliches verändert haben, sodaß nun ein neuer Wettbewerb gerechtfertigt ist. Die Erfahrungen aus dem seinerzeitigen Wettbewerb werden genützt. Die SPÖ sei schon immer der Meinung gewesen, daß die Donauinsel als Erholungsbereich angenommen würde, habe jedoch selbst ein derart großes Interesse der Wiener nicht erwartet.

Grundwasserabsenkungen seien rascher und stärker festgestellt worden als damals vorgesehen. Es gebe eine große Chance für einen Nationalpark, und die neuen Donaubrücken erleichtern es, ein höheres Stauziel vorzusehen. Zu berücksichtigen seien auch die Überlegungen der Bundesbahnen für neue Schnellverbindungen und damit das Projekt eines Zentralbahnhofes.

Mit verhältnismäßig großem Aufwand sollen nun alle kreativen Kräfte in dieser Stadt einbezogen werden, und es soll ein Bekenntnis zur Stadt in einer Zeit geben, in der in anderen vergleichbaren Städten Verfallerscheinungen sichtbar werden. Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, seien wichtig für die Stadtentwicklung über die Jahrtausendwende hinaus.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bekannte sich grundsätzlich zum Wettbewerb, kritisierte jedoch, daß die Preisgelder nur einen geringen Teil der gesamten Aufwendungen ausmachen: Geschäftsstelle und Wettbewerbsabwicklung allein erfordern ungefähr die gleichen Kosten. Die FPÖ erwarte von der Stadt Wien, daß sie alle Gutachten jener, die im Projekt Donaauraum involviert waren, offenlegen werde. Es müsse die Wasserqualität der Donau gewährleistet sein, die wasserbaulichen Probleme durch die Uferabdichtung müssen gelöst werden, die Öllinsen der ÖMV dürfen nicht ins Grundwasser gelangen, und die Sohleneintiefung im Unterwasser müsse beherrscht werden.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wettbewerb Donaauraum Wien

17 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) öVP-Klubobmann Dr. GOLLER betonte, daß der erste Teil des Wettbewerbes von der öVP initiiert und dessen Realisierung verlangt wurde. Für eine humane Stadtentwicklung sei es notwendig, daß die Bezirke nördlich der Donau vollständig in die Stadt integriert werden. Die öVP habe sich zeitgerecht für ein Vorziehen der Planungen für die Staustufe Wien vor dem Bau von Hainburg unter gewissen Voraussetzungen ausgesprochen. Die Staustufe sei nur ein kleiner Teil des Problems, es gehe um die Zukunft des gesamten Donaauraums. Davon habe die öVP jedoch die SPö erst überzeugen müssen. Bevor das Kraftwerk zum bevorzugten Wasserbau erklärt wird, muß eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden, darunter Grundwassersicherung auch zur Rettung von Lobau und Prater, Sicherung der Wassergüte und der Dotierung des Donaukanals sowie umfassender Naturschutz und anderes. In einem ANTRAG fordert die öVP den Bürgermeister auf, sich beim Landwirtschaftsministerium dafür einzusetzen, kein Projekt zum bevorzugten Wasserbau zu erklären, ehe Umweltverträglichkeit geprüft und Bürgerbeteiligung abgeschlossen sind. Vizebürgermeister MAYR habe erklärt, daß die Stadt Wien auf das Grundwasserwerk Donauinsel Nord verzichte, und die DoKW dafür die Einleitung der Pfannbauernquelle finanzieren würden. Dies könne jedoch auf diese Weise nicht kompensiert werden. In einem weiteren ANTRAG verlangt die öVP ein neues Trinkwasserkonzept angesichts veränderter Voraussetzungen. Wenn nun die Staustufe Wien vorgezogen wird, ist noch nichts über andere Kraftwerke unterhalb Wiens entschieden, die sich ebenfalls auf Wien auswirken können. Dies dürfe nicht übersehen werden. Überdies seien die Preisgelder auch aus der Sicht der öVP zu gering. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wettbewerb Donaauraum Wien

18 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL). GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte fest, daß im Rahmen der Donaauraumplanung allein für kreative Leistungen über 26 Millionen Schilling ausgegeben werden. Hierauf ging Swoboda auf wesentliche Planungspunkte ein:

- o Eine Weltausstellung könnte bedeutende Auswirkungen auf den mitteleuropäischen Raum haben und Impulse für die Wiener Wirtschaft bringen.
- o Bezüglich des Zentralfernreisebahnhofs sollten erst die Beschleunigungsprogramme für die Westbahn abgewartet werden.
- o Die Trennwirkung des Handelskais sollte verringert werden, z.B. durch den Bau von Grünbrücken.
- o Eine 6. Donaubrücke könnte sowohl eine bessere Anbindung an die Donauinsel als auch an den Ölhafen bringen.

Das Schlagwort "Wien an die Donau" heißt nicht, daß der Donaubereich verstärkt verbaut werden soll, aber regionale Zentren im 10. und 22. Bezirk sollten gestärkt werden. Abschließend bemerkte Swoboda, daß es wichtig sei, die Planung nicht zu überstürzen und, über alle Fraktionen hinweg, gemeinsam durchzuführen.

Umweltstadtrat BRAUN (SPö) stellte in seiner Wortmeldung klar, daß sein Ressort im Rahmen der Donaauraumgestaltung selbstverständlich vor allem für den Umweltschutz und nicht für die Planung zuständig sei.

Ein Grundwasserwerk müßte auf alle Fälle beschlossen werden.

Im Zuge der Diskussion über die Donaauraumgestaltung soll die gesamte Wiener Bevölkerung Gelegenheit haben, genau über die Planungsvorschläge informiert zu werden und auf dieser Basis Stellung zu beziehen, schloß Braun. (Forts.) du/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wettbewerb Donaauraum Wien

19 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) StR. Prof. Dr. WELAN (ÖVP) erinnerte zu Beginn seiner Ausführungen an den verstorbenen StR. Dr. MAUTHE, der im Zusammenhang mit dem Donaauraum Wien von einer "urbanen Jahrhundertchance" gesprochen hatte. Auch er, führte Welan aus, sehe in diesem Projekt eine nicht wiederkehrende Chance für Wien. Daher sei er für möglichst viele Ideen, die nicht unter Zeitdruck eingebracht werden sollten.

Als Grundlinie für den dreiteiligen Wettbewerb sprach er die Hoffnung aus, daß zunächst das Ganze und erst danach Teile geklärt werden mögen. Ansonsten stünde man unter Systemzwang. Für das Vorhaben, das für die Zukunft Wiens eine wesentliche Bedeutung haben wird, wünsche er sich, daß es zu einer Konsensstimmung kommen wird. Dieser Konsens sollte nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien in Wien erzielt werden, sondern auch zwischen Wien und Niederösterreich sowie über Österreichs Grenzen hinaus.

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) kündigte abschließend an, daß ein Drittel der Juroren, die am ersten Wettbewerb teilgenommen haben, auch diesmal herangezogen werden. Die Wichtigkeit, die dieses Projekt für Wien habe, gehe schon daraus hervor, daß im Jahr 1972 für die erste Phase zwölf Millionen Schilling ausgewiesen wurden, während diesmal 45 Millionen Schilling für die erste Phase verwendet werden. Abschließend sprach StR. Hofmann die Hoffnung aus, daß die ÖVP die Verantwortung mittragen wird und bot jede gewünschte Information an.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die beiden in der Debatte von der ÖVP eingebrachten Resolutionsanträge wurden einstimmig zugewiesen. (Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Hundertwasserhaus

20 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPÖ) stellte den Antrag, den Sachkredit für das Hundertwasserhaus um 16,1 Millionen Schilling zu erhöhen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) bekannte sich grundsätzlich zum Hundertwasserhaus. Eine Weltstadt wie Wien müsse ein derartiges Projekt verwirklichen können. Allerdings passe das Hundertwasserhaus nicht in den Rahmen des Sozialen Wohnbaus. Er schlage daher vor, die Wohnungen ins Wohnungseigentum zu übertragen. Die Vergabe der Wohnungen im Hundertwasserhaus durch die GESIBA verzerre die Transparenz der Wohnungsvergabe.

Beim geplanten Arik-Brauer-Haus müssen diese Vorgänge rechtzeitig transparent gemacht werden.

GR. SEVCIK (SPÖ) meinte, das Hundertwasserhaus sei ein Beispiel für die Bandbreite der Architektur in Wien und ein Zeichen für die Vitalität der Stadt. Bei einem derartigen Projekt komme man mit den Sätzen der Wohnbauförderung nicht aus. Sevcik zitierte Prof. Hundertwasser: "Das Haus ist jetzt bereits mehr wert als es gekostet hat."

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Liegenschaftsankauf für U 6

21 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung eines Liegenschaftskaufs in Meidling für die U-Bahn-Linie U 6.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies darauf, daß sowohl Grundeigentümer als auch befaßter Rechtsanwalt bereits im Zusammenhang mit dem Rinterzelt bekannt wurden. Diese Konstellation hätte den Magistrat zur Vorsicht alarmieren müssen. Am 25. Februar 1981 habe es eine Weisung vom damaligen StR. NITTEL gegeben, durch Servitut oder Kauf die Voraussetzungen für den U-Bahn-Bau in diesem Bereich zu schaffen. Vom Magistrat seien jedoch die Verhandlungen verschlampt worden, und auch die günstigere Möglichkeit eines Servituts sei nicht genützt worden, sodaß zuletzt ein überhöhter Betrag für den Ankauf bezahlt werden müßte.

GR. Ing. SVOBODA erläuterte im Schlußwort, daß während der Zeit von Verhandlungsunterbrechungen weitere Vorarbeiten für eine mögliche Servitutsbestellung beziehungsweise für den U-Bahn-Bau durchgeführt wurden. Die Servitutsbestellung wäre angesichts vorheriger Sicherungs- und späterer Folgekosten nicht die billigere Lösung gewesen.

In einer TATSÄCHLICHEN BERICHTIGUNG betonte GR. Dr. HIRNSCHALL nochmals seine Ansicht, daß der Kaufpreis überhöht sei und sowohl laut U-Bahn-Bau - als auch Baupolizeidienststellen mit einem Servitut das Auslangen gefunden werden hätte können. Die Möglichkeit der zwangsweisen Pfandbestellung sei versäumt worden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.
(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Gaspreissenkung

22 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL (SPö) stellte den Antrag auf Senkung des Gaspreises mit Wirkung ab 1. Mai 1986 bei Lieferung an Haushalte und Heizgaskunden auf 543 g/Kubikmeter, bei Lieferung an Gewerbe und Industrie, ausgenommen Raumheizgas, auf 523 g/Kubikmeter.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) begrüßte die Gaspreissenkung, kritisierte allerdings, daß Preissenkungen immer so schleppend vor sich gingen. Weiters verwies er darauf, daß die Wiener FPö bereits im Gemeinderat am 28. Februar eine gestaffelte Gaspreissenkung beantragt habe.

GR. STRATIL (öVP) betonte ebenfalls, daß die Wiener öVP bereits im Februar eine Gaspreissenkung gefordert hatte. Außerdem stellte er fest, daß eine Gaspreissenkung ab Mai in der Jahresabrechnung keine wesentlichen Auswirkungen zeigen wird. Stratil machte StR. Hatzl darauf aufmerksam, daß die Gefahr besteht, daß Kunden der Wiener Stadtwerke aus Niederösterreich nicht mehr bereit wären, einen höheren Gaspreis zu zahlen, da die NIOGAS den Gaspreis bereits ab 1. April 1986 gesenkt hat.

GR. EDER (SPö) stellte fest, daß es beim russischen Erdgas einen Preisindex gebe. Zur Zeit bestehen vier Erdgasverträge zwischen Österreich und der Sowjetunion. Die unterschiedlichen Gaspreise in den einzelnen Bundesländern entstehen dadurch, daß in den Verträgen unterschiedliche Liefermengen vereinbart sind. In seinem Schlußwort stellte StR. HATZL fest, daß es sich bei der Gaspreisdiskussion zwischen Wien und Niederösterreich um ein Politikum handle.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Tarife für Nachtautobusse

23 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL stellte den Antrag, mit Beginn der Inbetriebnahme von Nachtautobussen einen neuen Fahrschein einzuführen, der einheitlich 25 Schilling kosten soll.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach sich für die Einführung von Nachtautobussen aus. Unerklärlich sei ihm allerdings, weshalb ein neuer Fahrschein notwendig sei, da schon jetzt das Fahrscheinangebot ausreichend sei. Er stellte einen ABÄNDERUNGSANTRAG, demzufolge nachts zwei Vorverkaufsfahrscheine entwertet werden sollen, und daß Zeitkartenbesitzer zusätzlich nun einen Vorverkaufsfahrschein entwerten sollen.

Dazu stelle GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) fest, daß eine Annahme des Abänderungsantrages für einen großen Teil der Bevölkerung mit Mehrkosten verbunden wäre. Im günstigsten Fall würden die Kosten einer Fahrt 26 Schilling betragen, falls der Fahrgast nicht im Besitz von zwei Vorverkaufsscheinen wäre, müßte er sogar 38 Schilling (2 x 19 Schilling) bezahlen.

Auch GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) sprach sich gegen den Abänderungsantrag aus. Er begründete dies damit, daß fallweise Benützer öffentlicher Verkehrsmittel wohl nur gelegentlich über Vorverkaufsfahrscheine verfügen dürften, und im übrigen Gäste Wiens wohl in den wenigsten Fällen einen Vorverkaufsfahrschein besitzen.

In einer neuerlichen Wortmeldung sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ, daß die meisten Benützer von Nachtautobussen im Besitz von Zeitkarten seien und daher nur wenige tatsächlich mehr Geld bezahlen müßten.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.
(Forts.) ull/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: U-Bahn-Aufzüge

24 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte den nachträglichen Einbau von Personenaufzügen in die U-Bahn-Stationen Kaisermühlen und Alte Donau.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP) wies darauf hin, daß die öVP schon immer auf den Einbau von Aufzügen in die U-Bahn-Stationen gedrängt habe, um damit eine bessere Benützbarkeit dieses Verkehrsmittels für Behinderte und Mütter mit Kindern zu erreichen. Es sollten im Prinzip alle Stationen mit Aufzügen ausgestattet werden.

GR. FREINBERGER (SPö) betonte, daß mit den Stationen Kaisermühlen und Alte Donau die letzten beiden Stationen der U 1 mit Aufzügen ausgestattet werden. Auch für die Stationen im Bereich der anderen Linien ist der Einbau von Aufzügen geplant, wobei es vor allem im Bereich der denkmalgeschützten Stationen gewisse Schwierigkeiten gibt. Hier werden die entsprechenden Vorschläge auch durch das Bundesdenkmalamt und das Kulturamt der Stadt Wien überprüft. Das alles zeigt, daß der Einbau von Aufzügen in U-Bahn-Stationen zu den wichtigen Anliegen der Verkehrspolitik in Wien zählt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Gürtel, Süd- und Westeinfahrt

25 Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) StR. HOFMANN (SPö) stellte den Antrag auf Abschluß eines Übereinkommens zwischen Wien und der Bundesstraßengesellschaft zur Abgrenzung der Planungsarbeiten für den Gürtel und die Süd- und Westeinfahrt.

GR. Dr. MAYR (öVP) verwies darauf, daß zwischen den ersten Gesprächen des Wiener Bürgermeisters mit dem Bautenminister und dem Übereinkommen mehr als eineinhalb Jahre vergangen seien. Das Übereinkommen werde von der öVP abgelehnt, da sich Wien selbst entmündige. Man hätte auch mit der Gürtelkommission auskommen können.

GR. OBLASSER (SPö) stellte fest, das Übereinkommen bedeute keine Entmündigung der Stadtverwaltung. Die Gürtelkommission plane und die Straßenbaugesellschaft übernehme diese Planung. Die Zusammenarbeit mit dem Bund bringe nur Vorteile für Wien.

StR. HOFMANN stellte nochmals fest, daß im Bundesstraßenbereich immer eine Abstimmung mit dem Bautenministerium notwendig sei. Das Übereinkommen bedeute, daß Wien beim Planungsgeschehen federführend sei.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.
(Schluß) fk/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---